



Stimmungsvoller Neujahrsapéro

Mit dem Beginn des neuen Jahres luden der Elternrat der Montessori-Schule March und die Schulleitung die Kinder, Lehrer und Eltern zu einem Neujahrsapéro ein. Die Kinder konnten sich bei einer Schatzsuche mit Basteln, Kinderschminken und Musik verweilen. Die Erwachsenen nutzten die Gelegenheit für Gespräche bei Prosecco und Gebäck. Gegen Ende präsentierten die Kinder voller Freude ihre Bastelarbeiten. Es war ein rundum gelungener Anlass.

Text eing / Bild zvg

Leser schreiben

Es braucht die Initiative

Warum braucht es die Durchsetzungs-Initiative? Gemäss Urteil des Verwaltungsgerichts des Kantons Zürich vom 24. Juni 2015 wurde einem 45-jährigen Ausländer erst nach 19 Delikten die Niederlassungsbewilligung entzogen.

Der Ausländer A., Jahrgang 1970, kam als 15-jähriger 1985 in die Schweiz und erhielt später die Niederlassungsbewilligung im Kanton Zürich. Bereits 1991 wurde er straffällig und zu 18 Monaten Gefängnis wegen Betäubungsdelikten verurteilt. Gemäss Durchsetzungs-Initiative müsste er damit des Landes verwiesen werden. Die Behörden reagierten damals jedoch nicht, und A. wurde in der Folge wiederholt 18 Mal straffällig. Verurteilt wurde er neben Betäubungsdelikten auch wegen falscher Anschuldigung, Drohung und Betrug.

So kann es nicht weitergehen. Darum braucht es die Durchsetzungs-Initiative.

Hanspeter Rast,
SVP-Kantonsrat, Reichenburg

Der Familie zuliebe

Die Familie ist und bleibt der Kern und das Fundament unserer Gesellschaft. Im Zentrum und zu Beginn dieser Gemeinschaft steht die uneingeschränkte Bindung zwischen Mann und Frau. Ganz egal, was uns Linksverdreher, Sozialgelehrte und schöngeistige Liberal-schwätzer eintrichtern wollen. Die CVP Schweiz greift aus Sicht einer traditionell bewährten Familienstruktur ein wichtiges und unterstützungswürdiges Anliegen auf. Hierzu kann ich der C-Partei von ganzem Herzen gratulieren!

Was ums «Himmelswillen» ist wichtiger als eine intakte Ehe und Familie? Meine Antwort: Nichts auf dieser Welt. In der Familie findet man alles, was es zum Leben braucht: Liebe, Anerkennung und Geborgenheit. Dieses wichtige Gut gilt es zu schützen, zu verteidigen – ja zu stärken. Leider aber wurden in der Vergangenheit Initiativbegehren zu diesem Thema vom Souverän abgelehnt. Sowohl die SVP-Familieninitiative «Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen» im Jahr 2013 wie auch die CVP-Familieninitiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» im Jahr 2015 wurden vom Volk und Ständen verworfen. Und dies obschon fast alle Parteien, Politiker und Organisationen die Familienpolitik als wichtigen und zukunftsweisen-

den Eckwert auf ihre Fahnen geschrieben haben.

Ehrlich währt am längsten, und so hoffe ich, dass sich unsere Gesellschaft der Bedeutung und Tragweite der bevorstehenden Initiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» bewusst ist. Es geht um die steuerliche Gleichstellung von Doppelverdiener-Ehepaaren gegenüber unverheirateten Paaren (sogenannten Konkubinatspaaren). Betroffen von dieser Heiratsstrafe und der damit verbundenen Diskriminierung sind hierzulande rund 80 000 Paare. Während bei unverheirateten Paaren jeder sein eigenes Einkommen versteuert, entscheidet bei einem Ehepaar (der Steuerprogression sei Dank) die Summe beider Einkommen über den Steuersatz. Deshalb bezahlen verheiratete Paare oftmals mehr Steuern als noch vor der Heirat.

Auch mit Blick auf die Sozialversicherungen fällt die traditionelle Form der Ehe gegenüber den unverheirateten Paaren nach geltendem Recht ins Hintertreffen. Eine Mehrheit der verheirateten Paare bekommt eine Maximalrente, die heute tiefer ausfällt als jene von unverheirateten Paaren in der gleichen Einkommenssituation. Fast 90 Prozent der verheirateten Paare haben eine auf 150 Prozent plafonierte Rente. Bei der direkten Bundessteuer sind Rentnerhepaare mit einem Pensionseinkommen ab 50 000 Fr. von der Heiratsstrafe betroffen.

Diese doppelte Benachteiligung von Ehepaaren gilt es am 28. Februar mit einem Ja zur Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» aus dem Weg zu räumen – der Familie zuliebe.

Bernhard Diethelm, Sekretär SVP
Wägital, Vorderthal

Die Küche ist entscheidend

Zum Bericht «Zwischen Mitte-Links und Rechts fliegen nun die Fetzen» vom 4. Januar.

Mit einem süffisanten Lächeln durfte ich den Artikel von Chefredaktor Stefan Grüter über das Jammern der lieben Linken und Netten aus SP und CVP lesen. Sie beklagen sich über den Schulterchluss von SVP und FDP bei den Regierungsratswahlen im Kanton. Schliesslich müssten die besten Kräfte gewählt werden.

Aber kein Wort geht darüber verloren, dass die lieben Linken und Netten aus SP und CVP vor acht Jahren ein Päckchen schnürten, um ein abtrünniges Parteimitglied der SVP auf den SP-Bundesrats-Thron zu heben. Es kommt

offenbar immer darauf an, aus welcher Küche solche «Päckli-Politik» stammt. Zumindest sind es auf kantonaler Ebene jeweils Partei-Vertreter, die sich während Jahren bewährt und verdienstvoll ausgezeichnet haben, was auf Bundesebene wohl nie der Fall sein wird.

Marc Duerr, Schindellegi

Für eine zweite Röhre

Zum Leserbrief von Isabelle Schwander vom 4. Januar.

Die zweite Gotthardröhre ist nicht verfassungswidrig, wie alt Bundesrat Moritz Leuenberger sagt. Das hat die von der Alpeninitiative in Auftrag gegebene Studie von Professor Mastronardi gezeigt, die vor Jahren veröffentlicht wurde. Eigentlich müsste der damalige Verkehrsminister Moritz Leuenberger diese auch kennen.

Wird der Gotthard-Strassentunnel wie geplant mit einer zweiten Röhre saniert und der Verkehr in Zukunft nur einspurig ohne gefährlichen Gegenverkehr geführt, sehe ich keine Kapazitätserhöhungen. Somit ist das in der Verfassung garantierte Verbot für einen Kapazitätsausbau mit dem neuen Gesetz zusätzlich verankert und gestärkt. Die Verkehrssicherheit wird mit dem Sanierungstunnel wesentlich erhöht, und dies zugunsten aller Verkehrsteilnehmer. Darum stimme ich mit gutem Gewissen dem Sanierungstunnel zu. **Karl Fisch, Präsident Kantonal Schwyzerischer Gewerbeverband, Gross**

Die Schweiz – unsere Familie

Die Schweiz – unsere Familie. Wie sympathisch dies klingt! Dies sind nicht die Worte von mir, der Kommunikationsberaterin und Unternehmerin. Dies ist der Slogan der CVP. Jener Partei, die sich anscheinend für familienfreundliche Modelle und vielfältige Lebensformen einsetzt.

«Frei ist, wer die Freiheit gebraucht» steht in unserer Bundesverfassung geschrieben. Als stolze Schweizerin bin ich davon überzeugt und bereit, die mit der Freiheit verbundene Verantwortung zu übernehmen und mich als Kantonsratskandidatin für die FDP. Die Liberalen hinzustellen. Und wer machte mir dies klar? Die Frauen in meiner Familie. Rollenvorbilder, die mir aufzeigten, dass Eigenverantwortung und Eigeninitiative im Kleinen beginnen.

Ich frage mich also, warum die CVP im Kanton Schwyz, die einst staatstra-

Urschwyz-Produkte sind im Aufwind

Die Zeit für regionale Produkte ist günstig. Regionalität ist die feine Antwort auf die Globalisierung. Mit der Regionalvermarktung von Produkten und Dienstleistungen findet die Wertschöpfung eben regional statt und nicht irgendwo auf der Welt, mit teilweise ökologisch fragwürdigen Methoden. Der Verein Ländlicher Marktplatz Urschwyz verfolgt das Ziel, regionalen Produzenten, Detaillisten, Gastronomen sowie dem Agrotourismus im Kanton Schwyz eine starke Position zu verschaffen. Im Jahr 2011 gegründet, hat der Verein schon einige Erfolge vorzuweisen. Produkte der gut 100 Mitglieder finden sich inzwischen über den ganzen Kanton Schwyz verteilt bei vielen Detaillisten, diversen Regio-Shops und dem Grossverteiler

Coop. Um den Konsumenten die Sicherheit zu geben, dass sie sich bei ihren Einkäufen und Besuchen auch wirklich bei einem Urschwyz-Partner befinden, werden diese in den kommenden Tagen und Wochen mit dem Urschwyz-Signet (die beiden Mythen und die Rigi als abstrakte Gipfel) ausgerüstet. (eing)



Das neue Urschwyz-Signet.

Bild zvg

gestandene Persönlichkeiten, nicht ebenso ihre Verantwortung übernimmt und Frauen anpacken lässt. Warum bloss stellt die CVP im Kanton Schwyz keine Frau zur Wahl in den Regierungsrat auf? Und dies obwohl die Mittepartei einen dritten Sitz erzielen möchte. Gerade deshalb, und gemäss ihrem Wahlversprechen «Generationsbeziehungen stärken», sollte sie doch willens sein, der Jugend Perspektiven und Alternativen zu bieten. Warum bloss beschuldigt die CVP im Kanton die anderen Parteien, ihrer Pflicht nicht nachzukommen, und verhält sich konservativer denn je? In den «guten alten Zeiten» gab es sie: Die CVP Frauen! Denken wir beispielsweise nur an Elisabeth Blunsky, die als Schwyzlerin am 2. Mai 1977 zur ersten Nationalratspräsidentin der Schweiz gewählt wurde.

Ich bin nicht nur stolze Schweizerin, sondern auch stolze Liberale und stolz auf die FDP im Kanton Schwyz sowie der Gemeinde Feusisberg. Wir stellen uns als Partei hin und geben unseren Bürgern die echte Wahl. Wir haben den Mut, eine lebendige und ehrliche Debatte zur Schweiz von morgen zu prägen. Einer Schweiz mit Politikern, um der nächsten Generation wahrhaftige Perspektiven aufzuzeigen.

Nathaly Bachmann,
Kantonsratskandidatin FDP Feusisberg-
Schindellegi, Schindellegi

Frage nach der Glaubwürdigkeit

Die Kasse des Kantons Schwyz soll von einem Guthaben von 620 Mio. Fr. vor ein paar Jahren unbemerkt auf ein Minus von etwa 170 Mio. Fr. geschrumpft sein. Da dürfte die Frage nach der Fähigkeit und Glaubwürdigkeit der für die Ausgaben verantwortlichen Personen berechtigt sein. Es wurde gelehrt, dass ein Franken, den man in der Tasche hat, gegen eine Ware oder Dienstleistung eingetauscht werden kann. Jeder nicht vorhandene, ausgegebene Franken bedeutet eine Schuld, die irgendwann beglichen werden muss.

Die SNB verbucht 2015 einen Verlust von 23 Milliarden Franken. Wäre nicht mit buchhalterischen Mitteln getrickst worden, hätte der Verlust über 50 Milliarden betragen und Kanton und Bund wären leer ausgegangen. Nun dürfen sie doch mit einer Milliarde rechnen. Dieser Betrag wird die bereits budgetierten Investitionen nur teilweise ausgleichen können. Dies stellt die Verantwortlichen vor schwierige Aufgaben. Die erwarteten Gelder sind zur Selbstverständlichkeit geworden und bereits verplant.

Eine Erklärung in den Nachrichten vom Freitag bezüglich der Verschuldung der SNB gibt einen kleinen Hinweis auf die Denkweise gewisser Leute. Um in Zukunft solche Finanzschocks zu vermeiden, soll die SNB die Zahlungen gesetzlich garantieren. Das heisst, dass jemand, der selbst nicht über die Mittel verfügt, die gesetzlich festgelegten Zahlungen leisten müsste (Beispiel NFA).

Zu begreifen, dass dies nicht ohne Verschuldung abgeht, setzt kein Hochschulstudium voraus. Oft hört man Aussagen, dass der Kanton oder der Bund für bestimmte Ausgaben aufkommen muss, womit für die regionale Politik die Probleme gelöst scheinen. Es ist aber so, dass der gesamte Staatsapparat vom Steuerzahler finanziert werden muss. Es gibt keinen Pestalozzi in Schwyz oder Bern, der dem Bürger diese Last abnimmt.

Es hat einmal eine Zeit gegeben, da wurden die Ausgaben den Einnahmen angepasst. Leider gilt diese Maxime seit Langem nicht mehr, und man passt die Einnahmen den Ausgaben an. Dies erreicht man durch Steuererhöhungen und Schaffung von immer neuen Abgaben.

Im In- und Ausland hört man von konkursiten Städten und Ländern, denen die Gelder für die Aufrechterhaltung der notwendigsten Infrastrukturen fehlen. Man hat es fertiggebracht, während einer Hochkonjunkturphase an Stelle von Reserven einen Schuldenberg anzuhäufen, den man nun mit Steuererhöhungen ausgleichen will.

Das das Loch in der Staatskasse vor dem Einsetzen des Flüchtlingsstroms entstanden ist, muss zusätzlich Anlass zur Sorge geben. Die zwangsweise Zuteilung von Flüchtlingen generiert in Gemeinden und Kantonen unverkaffbare Asyl- und Sozialkosten. Das gesamte Sozial-, Asyl- und Flüchtlingswesen generiert Kosten, ohne selbst Werte zu schaffen, und wird vollumfänglich durch den Steuerzahler finanziert. Das durch den Industrieabbau wegfallende Kapital wird langfristig unwiederbringlich bleiben, sodass sich die Schuldenspirale immer schneller abwärts dreht.

An Politikertreffen in feudalem Rahmen wird um Lösungen für die Finanzprobleme gerungen. Bei solchen Treffen wird ganz spontan über die Vergabe von Millionen für irgendwelche Hilfen im In- und Ausland entschieden. Da stellt sich die Frage, aus welchen Quellen solche Gelder bei leeren Staatskassen stammen und wer diese verwaltet. Oder werden hier Gelder verteilt, die gar nicht vorhanden sind und einfach nur den Schuldenberg weiter anwachsen lassen?

Heinz Bauer, Wollerau